

# ¡Fijáte!

**Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala**

**Nr. 600**

**Mittwoch, 03. Februar 2016**

**23. Jahrgang**

## **Inhaltsverzeichnis**

¡Fijáte!-Jubiläum: 600 Ausgaben erzählten die Geschichte Guatemalas.....	1
Anfänge eines demokratischen Weges 1986-1996.....	1
Friedensabkommen und Aufarbeitung 1996 - 2000.....	2
¡Fijáte! Heft 109 – 8. Januar 1997: Frieden.....	2
2000-2004: Alfonso Portillo: Korruption inklusive.....	3
2004-2008 Oscar Berger, GANA: Die ökonomische Gewinnmaximierung als Ziel?.....	4
¡Fijáte! Heft 370 vom 18. Oktober 2006: Guatemala, 10 Jahre danach... Den Staat neu gründen.....	5
2008-2012 Álvaro Colom – sozialdemokratischer Versuch?.....	5
¡Fijáte! Heft 442 vom August 2009: Die Macht der Geheimstrukturen.....	6
2012-2015 Otto Perez Molina: Zuckerbrot und Peitsche ... und ein Ende im Gefängnis.....	8
2016 Eine Fortsetzung der Komödie/Tragödie mit Jimmy Morales?.....	9
Die Abgeordneten verteilen sich ihre Sitze neu.....	9

## **¡Fijáte!-Jubiläum: 600 Ausgaben erzählten die Geschichte Guatemalas**

*600 Ausgaben ¡Fijáte! – 22 Jahre Nachrichten aus Guatemala. Wie auf der guatemala.de-Seite beschrieben, erschien der ¡Fijáte! anfänglich als deutscher Informationsdienst der guatemalteken Nachrichtenagentur CERIGUA, die zu dem Zeitpunkt aus dem nicaraguanischen und später aus dem mexikanischen Exil schrieb. 1993 ging diese Epoche zu Ende und wurde dann mit ursprünglichen Konzept von Deutschland als Schreibort aufgegriffen und am 24. September 1994 erschien die erste Ausgabe von ¡Fijáte!.*

*Ab Dezember 1999 sind alle ¡Fijáte!-Ausgaben – Dank Ottmar Zimmer von der Nürnberger Guatemala-Gruppe - auf der guatemala.de Seite zugänglich. Diese dient im hier folgenden Artikel einem Rückblick auf 16 Jahre ¡Fijáte!, oder auch auf 16 Jahre guatemalteken Geschichte, analysiert anhand der Berichterstattung des ¡Fijáte!. Wir möchten hier die Geschichte des ¡Fijáte! anhand seines Lebenszwecks, d.h. der Entwicklung Guatemalas nacherzählen: was waren die interessantesten Themen, welche Themen kehren immer wieder, welche Veränderungen gab es aber auch? Vielleicht verhilft es darüber zu sinnieren, wie lange der ¡Fijáte! noch benötigt wird, aufgrund der Lebenssituationen im Land des ewigen Frühlings. In Anbetracht der Fülle der Artikel konnten hier allerdings nicht alle Themen Platz finden.*

## **Anfänge eines demokratischen Weges 1986-1996**

1986 wurde Marco Vinicio Cerezo Arévalo von der Christdemokratischen Partei (DCG) im zweiten Wahlgang mit 68 Prozent der Wählerstimmen zum Präsidenten gewählt, der erste Nicht-Militär in dieser Funktion seit 32 Jahren (Ausnahme: Méndez Montenegro 1966-1970). Er setzte sich erstmals für einen Dialog mit den linken Rebellen ein und berief einen nationalen Rat der Versöhnung, was aber zu diesem Zeitpunkt nicht weit führte. Generalstreiks und zwei Putschversuche durch Militärs führten 1991 zu einem - dem ersten seit Jahrzehnten - demokratischen Machtwechsel. Jorge Serrano Elías, Kandidat der evangelikalen Bewegung für Solidarische Aktion (MAS), gewann mit 68 Prozent der Stimmen die Wahlen. Mit einer liberalen Wirtschaftspolitik dämmte er Inflation und Arbeitslosigkeit ein. Im Jahr 1993 liess er allerdings das Parlament und den Obersten Gerichtshof auflösen, angeblich um gegen Korruption vorzugehen,

musste aber aufgrund der Kritik aus allen Sektoren der Gesellschaft zurücktreten. Damit begann die zweieinhalbjährige Regierungszeit von Ramiro de León Carpio, dem damaligen Menschenrechtsprokurator. Es begannen unter internationaler Beteiligung (UNO, Organisation Amerikanischer Staaten) die Friedensgespräche mit den Rebellen der URNG. Erste Kontakte hatte es bereits zuvor gegeben.

Bei den Parlamentswahlen 1994 erhielt die rechtsextreme FRG von Rios Montt 33 von 80 Sitzen, die konservativ-liberale PAN 23 Sitze, die ChristdemokratInnen 13 Sitze. Drei weitere Parteien hatten ein paar wenige Sitze.

***Zu diesem Zeitpunkt, genauer im September 1994, wurde von Tine Klein der ursprüngliche Guatemala-Nachrichtendienst der CERIGUA unter dem Namen ;Fijáte! wieder aufgenommen.***

***Christian Hagman unterstützt in verschiedenen Funktionen das ;Fijáte! seit Anbeginn.***

## **Friedensabkommen und Aufarbeitung 1996 - 2000**

1996 übernahm Álvaro Arzú Irigoyen, der Kandidat der konservativen PAN, die Regierungsmacht und es gelang, ein Friedensabkommen mit den linken Rebellen zu unterzeichnen. Die URNG wurde als politische Partei zugelassen.

### ***;Fijáte! Heft 109 – 8. Januar 1997: Frieden***

***Guatemala, 3. Januar 1997*** – Nach fast sechsjährigen Verhandlungen haben Regierung und Guerilla am 29. Dezember den Frieden unterzeichnet. In Anwesenheit von über 1.000 Gästen und JournalistInnen betonte Präsident Álvaro Arzú in seiner Rede in erster Linie die nun notwendige Vergebung. Folgerichtig waren auch die prominenten Mitglieder des Bündnisses gegen die Straffreiheit als einzige nicht zur feierlichen Unterzeichnung eingeladen worden. Diese hatten die im Dezember vereinbarte Amnestie scharf kritisiert. Zugleich mit dem endgültigen Friedensabkommen traten auch die anderen im Verlaufe der Verhandlungen geschlossenen Übereinkünfte in Kraft. Bislang war dies lediglich bei dem Menschenrechtsabkommen, bei dem die Parteien sofortige Wirksamkeit vereinbart hatten, der Fall. Angesichts der grossen Empörung über die von den Verhandlungsparteien vereinbarte Amnestie forderte Arzu in seiner Ansprache die guatemalteckische Gesellschaft auf, den Augenblick der Friedensunterzeichnung vor allem als einen Augenblick des Vergebens zu begreifen. Obwohl die „Wunden“ die Menschen, Familien und Gemeinden erlitten hätten, noch lange Zeit nicht heilen würden, sei diese Vergebung notwendig, um vorwärts zu kommen. Arzú erinnerte überdies an einen Ausspruch des Papstes, demzufolge es niemals und nirgendwo einen Friedensprozess geben werde, wenn in den Menschen nicht eine Haltung ehrlichen Verzeihens reife. Arzú erklärte weiterhin, dies bedeute nicht, die Vergangenheit zu vergessen. Es gehe nicht darum, behauptete der Präsident, dem einzelnen das Recht auf Gerechtigkeit zu verwehren. (...)

Es beginnt eine Zeit der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen, sowohl jener grossen Mehrheit, die von Militärs und Zivilen Patrouillen (PACs) als auch jene, die von Seiten der Guerilleros begangen wurden (z.B. Exekutionen in den eigenen Reihen im Jahre 1982), die von Seiten des Zentrums für rechtliche Menschenrechtsaktionen (CALDH), damals unter der Leitung von Frank LaRue, geführt wurden.

Am 24. Juni 1999 kehrten die letzten „offiziellen“ 174 Flüchtlinge aus dem mexikanischen Exil nach Guatemala zurück. Am selben Tag erklärte der Vizepräsident Luis Flores Asturias die Arbeit der Staatlichen Kommission für Repatriierte (CEAR) und des UNO-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) in Guatemala für beendet.

Das Militär spielt im politischen Leben auch offiziell noch eine wichtige Rolle. Anlässlich der Feier zum "Tag des Militärs" wurden auch in diesem Jahr die Wechsel in der obersten Militärführung öffentlich zelebriert.

Zugleich beginnt die Zeit der Exhumierungen. Zunächst noch zufällig: bei Bauarbeiten werden die Überreste von Menschen gefunden. Die "La Isla" (der gleichnamige Film von Uli Stelzner aus dem Jahr 2009 berichtet darüber) ist der erste geheime Friedhof, der in Einrichtungen des Militärs gefunden wurde – und Beweiskraft hat in den Prozessen wegen der Massaker. Stockend, aber stetig beginnt eine juristische Aufarbeitung des Bürgerkrieges und immer mehr Opfer verlangen Gerechtigkeit, z.B. in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen beim Bau des Staudamms Chixoy, wo der erste Prozess 1998 stattfand und erst 2015 wirkliche Ergebnisse erreicht wurden.

Die linken Bewegungen werden verleumdet, MenschenrechtsverteidigerInnen, etwa der Maya-Priester Raúl Coc Choc, werden ermordet. Der Gewalt sind auch GewerkschaftlerInnen ausgesetzt. Und am 26. April 1998 wird der Bischof Juan Gerardi ermordet, kurz nachdem er die Berichte zu den Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkrieges vorgestellt hatte.

Die soziale Situation bleibt besorgniserregend: vier von fünf Jugendlichen unter 18 Jahren wachsen laut Prensa Libre in Armut auf. Die Armut führt dazu, dass viele Guatemaltekinnen nach Mexiko und die USA emigrieren. Ihre Einkünfte fliessen in grossen Mengen zurück nach Guatemala und sind von hoher Bedeutung für die im Land Verbliebenen. Schliesslich beginnt Ende der 1990er Jahre eine Zeit der Landbesetzungen, z. B. von Bananenplantagen in der Region Izabal, an der Atlantikküste Guatemalas.

Nach der Repression der 1980er Jahre tritt nun zur Jahrtausendwende eine zuvor unbeachtete Gruppe an die Öffentlichkeit: die Schwulen und Lesben. Das Thema Homosexualität ist in der guatemaltekischen Gesellschaft noch immer tabu, wenn auch gesetzlich nicht verboten. Schwule und Lesben stehen einer Front der Ablehnung gegenüber. In der guatemaltekischen Gesellschaft, die Familie und Kinder als den grössten Segen ansieht, gelten Homosexuelle als "unproduktiv". Es besteht grosser Druck, zu heiraten. Am meisten fürchten guatemaltekische Schwule und Lesben den Ausschluss aus der Familie und den Verlust der Arbeit. Es gibt gleichzeitig eine erstarkende Bewegung von Frauenorganisationen, die z.B. den Rücktritt des damaligen Menschenrechtsprokurators Juan Arango Escobar wegen Amtsmissbrauch (unrechtmässige Entlassung der für Frauenrechte zuständigen Mitarbeiterin) forderten.

*Im Juli 1999, genauer gesagt mit Ausgabe 189, begann Barbara Müller beim ;Fijáte! mit zu recherchieren und zu schreiben.*

## **2000-2004: Alfonso Portillo: Korruption inklusive**

Alfonso Portillo, FRG, wird Präsident des Staats und Efraín Ríos Montt, Präsident des Kongresses. Die guatemaltekische Verfassung verlangt einen Oberst oder General als Verteidigungsminister. Die entsprechende Verfassungsänderung, welche es ermöglicht hätte, eine/n ZivilistIn zum Verteidigungsminister zu ernennen, wurde vom Volk mit der Ablehnung der Verfassungsreform verworfen. Über ein neues Leitbild des Militärs (in Friedenszeiten) wird debattiert, während im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. November 1999 die Anzahl der Menschenrechtsverletzungen frappant angestiegen waren.

Neben der Aufarbeitung der Vergangenheit gelangen Klagen über den Abbau von Ressourcen und die damit verbundenen Umweltzerstörung in die mediale Öffentlichkeit. So reicht die Umweltschutzorganisation Madre Selva eine offizielle Anklage gegen den Erdölabbau im Nationalpark Biosfera Maya im Departement Petén ein.

Die Meinungsfreiheit ist weiterhin eingeschränkt. Die Abschaffung des Fernsehmagazins T-mas de Noche (Themen der Nacht) hatte sowohl in JournalistInnenkreisen wie auch im Kongress und bei der Bevölkerung breiten Protest hervorgerufen. Der Produzent und Moderator der Sendung, José Eduardo Zarco, bekannt für seinen unabhängigen Journalismus, erklärte in einer Pressekonferenz, die Schliessung seiner Sendung habe politische Gründe. Vermutlich habe der Besitzer des Canal 13, der mexikanische Unternehmer Angel González, auf Veranlassung des guatemaltekischen Präsidenten Portillo gehandelt. Die persönliche Verfolgung und Bedrohung von JournalistInnen sind nichts Aussergewöhnliches. Dennoch existierten alternative Medien schon damals: etwa CEG, Tertulia, Voz de La Comunidad, Voz Popular. (Heute stehen mit Cerigua, nomada, plazapublica u.a. im Internet eine Vielzahl von Alternativmedien zur Verfügung.)

Mit der Anklage Rigoberta Menchú's gegen die Militärdiktatoren der 1980er Jahre wegen Völkermord beim Obersten Spanischen Gerichtshof und der Klage der Vereinigung von Familienangehörigen Verschwundener (FAMADEGUA) bezüglich des Massakers von Dos Erres vor der guatemaltekischen Justiz scheint es so, als ob General Efraín Ríos Montt – besser spät als nie – zur Rechenschaft gezogen werden könnte. Seine Immunität als Kongresspräsident und der fehlende Wille der politischen Klasse verhindert jedoch weiterhin eine Anklage. Das ändert sich erst später.

Auch die ökonomischen Bedingungen verschlechtern sich: über 250.000 Jobs sind verloren gegangen. Es die Zeit der Verhandlungen um die Freihandelsabkommen mit Mexiko und Zentralamerika. Der Plan Puebla Panamá rückt in die Öffentlichkeit, aber auch die Krise der guatemaltekischen Maisproduktion. Während sich der Import von Mais vervielfacht hat, ist der Preis gesunken und die Produktionskosten sind gestiegen. Dies hat viele kleine ProduzentInnen in den Ruin getrieben und dazu geführt, dass sie sich der Anpflanzung anderer Produkte widmeten.

Geopolitisch gesehen liegt Guatemala an der Drogen-Handelsstecke vom Süden in den Norden. Angesichts dessen, dass selbst höchste Regierungsbeamte in Korruptionsgeschichten verwickelt sind, erscheint es kaum möglich zu sein, dieses Phänomen in den Griff zu bekommen

Immer wiederkehrende Themen, die die Öffentlichkeit beschäftigen, sind die Rechte der Frauen, die Rolle der Zivilgesellschaft beim Aufbau der Demokratie und: die Korruption. Sei es der Ausbruch von 87 Gefangenen aus dem Hochsicherheitsgefängnis in Escuintla oder das Fiasko um die beiden Privatbanken von Francisco Macdonald Alvarado, hinter fast allen politischen Skandalen in Guatemala stecken die Korruption und Betrug.

Alvaro Colóm, damals Präsidentschaftskandidat des linken Bündnisses Allianz Neue Nation (ANN) kritisiert scharf den Machtmissbrauch innerhalb des Verwaltungsapparates und fordert den Rücktritt derjenigen Regierungmitglieder, die sich einmal 'links' nannten. In einer Umfrage sprachen sich 65% der Befragten gegen Portillo und seine Partei aus.

Kleine Fortschritte gibt es trotzdem: Das Urteil im Mordfall des Weihbischofs Gerardi im Jahre 2001 wird allgemein als ein erster kleiner, aber wichtiger Schritt im „Kampf gegen die Straflosigkeit“ in Guatemala gewertet.

2001 zeigt sich die Schwäche der Regierung, aber auch des Reaktionsvermögens der Zivilgesellschaft, vor allem an den hartnäckigen Putschgerüchten. Obwohl die Zeichen für einen realen Staatsstreich günstig standen, verhinderten

doch die bedingungslose Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft und eines Teils der Militärs, dass er durchgeführt wurde. Zweifellos haben auch die Arbeit der Zivilgesellschaft und die Tatsache, dass Portillo einige fachlich fähige, für politische Entscheidungen aber schwache Leute um sich geschart hat, dazu beigetragen, dass ein Staatsstreich verhindert wurde.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Landfrage. Acht Kataster-Pilotprojekte, die als Folge der Friedensabkommen durchgeführt wurden, stehen kurz vor ihrer Beendigung. Während die Regierung die Landproblematik als rein technische Angelegenheit einstuft, bestehen soziale Organisationen, die zum Thema arbeiten, darauf, dass es sich um eine hochpolitische Sache handelt. Dies beweisen die zunehmenden Landbesetzungen und Vertreibungen von Mayagemeinden wie die von Los Cimientos. Der Mangel an politischem Willen und die (vermeintlich) beschränkten finanziellen Mittel der staatlichen Institutionen, die extra zur Lösung dieses Problems geschaffen wurden, lassen nicht auf eine Verbesserung der Situation in absehbarer Zeit hoffen. Dazu kommen seit kurzem die Ermordungen von Mitgliedern von BäuerInnenorganisationen und die Drohungen gegen Kirchenleute, denen von den Finqueros vorgeworfen wird, die AnstifterInnen der Landbesetzungen zu sein. In den Jahren 2000/2001 vermerkte CONTIERRA 857 Landbesetzungen, im Vergleich zu 587 in den Jahren 1997-1999.

2002 hagelte es seitens der internationalen Gemeinschaft, namentlich der USA und der guatemalteckischen Öffentlichkeit, Kritik an der gescheiterten Sicherheits-, Antikorruptions- und Antidrogenpolitik der Regierung Portillo. Deren Antwort liess nicht auf sich warten: Die Auflösung der umstrittenen Antidrogeneinheit DOAN, die Schaffung eines multi-sektoriellen Programms zur Bekämpfung der Korruption und des Drogenhandels und die Einleitung von Untersuchungen gegen Ex-Politiker und Ex-Militärs, die des Drogen- und Menschenhandels verdächtigt werden, waren die Antwort der Regierung auf die Vorwürfe. Aber Portillo selbst sollte wegen Veruntreuung von Staatsgeldern später im Gefängnis in den USA landen.

***Fernando Suazo beginnt 2003 (Nr. 289) seine monatliche Kolumne, die den ;Fijáte! neun Jahre begleitet (bis Nr. 490). Der ehemalige Priester und Sozialarbeiter aus Rabinal schreibt bitterböse Analysen über die Situation Guatemalas und darüber hinaus: ;Hijole!***

## **2004-2008 Oscar Berger, GANA: Die ökonomische Gewinnmaximierung als Ziel?**

Diese Regierungsperiode ist gekennzeichnet vom Fortschreiten des Raubbaus von natürlichen Ressourcen, exemplarisch dafür steht die Goldmine Marlin in San Miguel Ixtahuacán und Sipacapa in San Marcos. Die soziopolitische und wirtschaftliche Situation treibt täglich Tausende von Personen zur Migration. Gleichzeitig entwickeln Mexiko und die Vereinigten Staaten eine repressive Migrationspolitik mit u.a. schärferen Kontrollen an den militarisierten Grenzübergängen zu Wasser und zu Land. Agrarreform und Landstreitigkeiten, Frauenmorde, Korruptionsfälle, die rückläufige, bis dato unfruchtbare internationale (Entwicklungs-)Zusammenarbeit, die an den grundlegenden Problemen, die zum bewaffneten Konflikt führten, nichts verändert, soziale Probleme und gewalttätig ausgetragene Konflikte nehmen stetig zu. Verschärft werden die Konflikte durch die Privatisierung öffentlicher Dienste wie die des Stroms oder der Telefon- und Kommunikationsbranche. Dieses liberale „Entwicklungsmodell“, das in den Strukturanpassungsprogramme von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank propagiert wird, führt jedoch zu Ineffizienz und überhöhten Preise. Mit der Ankündigung und beginnenden Umsetzung der verschiedenen regionalen Infrastrukturprojekte, die im Rahmen des Plan Puebla Panamá (PPP) realisiert werden, ist auch die Ausbesserung und Erweiterung der Strasse, die den Pazifik und den Atlantik im Norden Guatemalas verbindet, als politisches und finanzpolitisches Thema wieder auf dem Tisch. Was die einen als Fortschritt und Entwicklung propagieren, wird vor allem aus Umwelt- und Antiglobalisierungskreisen sehr kritisch hinterfragt.

Unverändert schlecht steht es um die Rechte der Frauen, z.B. ihrer Arbeitssituation in den Maquilas: in Zentralamerika arbeiten mehr als 300.000 Menschen, die meisten von ihnen Frauen, unter miserablen Arbeitsbedingungen in den Fertigungsfabriken jeglicher Massenwaren, vornehmlich der Kleidungs- und Computerchipbranche. Die Ausbeutung und die verbalen und physischen Übergriffe haben ihre Auswirkungen weit über die Fabrikttore hinaus. Wirtschaftlich macht der Fall des Kaffeepreises Land und Leuten zu schaffen und bedroht die Existenzgrundlage Zehntausender Kleinbauernfamilien.

Zu den wohl schwierigsten sozialen Konflikten in Guatemala gehören solche, die im Rahmen der Aufarbeitung der jüngeren Geschichte ausbrechen, z.B. wenn Hinterbliebene von Kriegsoffern Exhumierungen von Massengräbern anstreben. Noch heute leben die Täter oft im selben Ort wie die Opfer bzw. deren Familienangehörigen. In den Jahren seit der schrecklichen Tat wird das Zusammenleben dieser beiden Gruppen geprägt von Repression, (wirtschaftlicher) Abhängigkeit und Angst. Angst auch seitens der Täter, die damit rechnen müssen, dass nach einer erfolgten Exhumierung Klage gegen sie erhoben wird. Entsprechend versuchen sie mit allen Mitteln, eine Exhumierung zu verhindern.

## **¡Fijáte! Heft 370 vom 18. Oktober 2006: Guatemala, 10 Jahre danach... Den Staat neu gründen**

*Am 29. Dezember begeht Guatemala den zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des letzten Abkommens über einen festen und dauerhaften Frieden. Die guatemaltekischen Friedensabkommen setzten nicht bloss einen Schlusspunkt unter den internen bewaffneten Konflikt, sondern sie dienten als Referenzrahmen, um die gravierenden und dringenden Probleme des Landes anzugehen. (...) Bilanz über die vergangenen 10 Jahre zieht Carlos Gonzales, alias Ricardo Rosales, damaliger Generalsekretär der Guatemaltekischen Arbeiterpartei PGT, einer der vier Guerillaorganisationen, die vor zehn Jahren die Friedensabkommen mitunterzeichnet haben. Das hier abgedruckte Interview erschien Anfang Oktober 2006 in der Internetzeitschrift [www.revistaweb.org](http://www.revistaweb.org). [Anm.: Diese Zeitschrift gibt es nicht mehr, d.Red.]*

### **Was hat sich in Guatemala seit dem 29. Dezember 1996 verändert? Entsprechen diese Veränderungen und der Rhythmus, in dem sie stattfinden, den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung?**

**Carlos Gonzales:** *Es gibt, wenn auch zum Teil nur formell, Fortschritte bei der Umsetzung der Abkommen zu verzeichnen, ebenso wie es Stagnation oder gar Rückschritt gibt. Ein Fortschritt ist, dass es in dem Sinne keinen Staatsterror mehr gibt. (...) Mit wenigen Ausnahmen findet heute keine politische Verfolgung mehr statt, wie das in den Jahren zwischen 1965 und 1985 der Fall war. Negativ ist sicher, dass es keine Kontrolle über die parallelen Kräfte gibt, welche die Staatsmacht völlig kontrollieren. Negativ ist ebenso der existierende Rassismus und Ausschluss sowie die Tatsache, dass die mikroökonomischen Indikatoren in keiner Weise die Situation dieser ausgeschlossenen Bevölkerung verbessert. (...) Ein Ziel der Friedensabkommen war die Erhöhung der Steuereinnahmen - doch wir sind weit von den festgelegten 12% entfernt. Ausserdem sprach man von progressiven Steuern: Wer mehr hat, soll mehr bezahlen. Im Moment werden aber die ökonomisch starken Sektoren begünstigt, die durch Steuervermeidung ihre Einkünfte erhöhen. Daneben haben wir einen Staat, der nicht in der Lage ist, eine Sozialpolitik zu entwickeln, die dazu beitragen würde, die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhöhen und somit die Industrie, das Handwerk oder den Dienstleistungssektor anzutreiben. (...) Das war damals der grosse Erfolg der Agrarreform der Oktoberrevolution: Innerhalb eines Jahres entwickelten sich die Gebiete, wo Land an die BäuerInnen verteilt wurde, spürbar. Man hatte das Gefühl, dass man in Guatemala etwas verändern könnte. Heute ist das Gegenteil der Fall. Man fördert die Investition in Luxusgüter, es wird künstlich eine urbane Nachfrage und Käuferschaft kreiert - kurz, in Guatemala lebt man von Illusionen. (...)*

### **Im Jahr 2005 wurde endlich das Rahmengesetz unterzeichnet, das die Friedensabkommen zu einer Staatsangelegenheit machte und den Nationalen Rat für die Umsetzung der Friedensabkommen (CNAP) ins Leben rief. Gibt dies den Friedensabkommen neuen Impuls?**

**C.G.:** *Ich denke, das war eine rein formale Angelegenheit, einer dieser quantitativen Schachzüge, der problemlos gemacht werden konnte, weil die URNG kein Gegenüber ist, das in der Lage wäre, für den Aufbau eines wirklichen Friedens zu kämpfen. Über die Abkommen zu sprechen ist eine Routineangelegenheit geworden, man bezieht sich auf sie, wenn es nötig ist: Die einen ein bisschen häufiger, die anderen etwas weniger. Die Abkommen sind zu einem Teil der Geschichte geworden, aber ohne dass man sich ihnen wirklich verpflichtet fühlte. (...)*

### **Mit welcher Strategie muss heute an den Friedensaufbau herangegangen werden?**

**C.G.:** *Organisation, Bewusstseinsarbeit, Mobilisierung und Kampf, das sind die wichtigsten Komponenten einer solchen Strategie. Die sozialen Sektoren, die BäuerInnen, die Gewerkschaften, die indigenen Völker müssen sich die Friedensabkommen zu eigen machen und sie in eine Plattform umwandeln, die als Grundlage für soziale nationale Veränderungen dienen kann. Es braucht neue Akteure, neue Köpfe, neue Ideen und vor allem eine breitere Unterstützung für Visionen, die über den Konsumrausch und die Freihandelsabkommen hinausgehen. Es müssen Konzepte entwickelt werden, um die Probleme anzugehen, die in den Strukturen Guatemalas verankert sind. Es gibt legitime und wertvolle Alternativen, die versuchen, an den Fundamenten der Ausbeutung, der Unterdrückung, der Diskriminierung, des Ausschlusses, der Privilegien, der Korruption und des Wahlverhaltens, mit dem in diesem Land alle vier Jahre nichts verändert wird, rütteln. Das ist es, wo wir ansetzen müssen.*

## **2008-2012 Álvaro Colom – sozialdemokratischer Versuch?**

Álvaro Colom sah sich zwar niemals als ein Linker, aber er genoss den Respekt der meisten sozialen Bewegungen – dank seiner 'Taufe' als Maya-Priester auch im indigenen Sektor. Als Kandidat der sich als sozialdemokratisch definierenden Einheit der Nationalen Hoffnung (UNE) gewann er gegen Otto Pérez Molina, nachdem er 2004 gegen Oscar Berger verloren hatte. Auch er sah sich den angesprochenen Themen gegenüber: Straflosigkeit, Bildung, Menschenrechte, Frauenrechte, Rechte der Indigenen Völker und Volksbefragungen, Landfrage ... und immer wieder Straflosigkeit. Am 16. April 2008 verurteilte das Strafgericht des Departements Quiché den ehemaligen Polizeiagenten Antonio Rutilio Matías López zu 20 Jahren Gefängnis ohne Bewährung. Angeklagt war er wegen Vergewaltigung und Amtsmissbrauch. Zum ersten Mal in der Geschichte der guatemaltekischen Rechtsprechung wurde ein Sicherheitsbeamter des Staates wegen Vergewaltigung einer sich in Polizeigewahrsam befindenden Frau verurteilt.

Unter der Regierung von Álvaro Colom haben die Besetzungen von Naturschutzgebieten zugenommen. Auffallend ist, dass das Phänomen zeitgleich mit einer neuen Strategie auftaucht, mit der Zentralamerika, Mexiko und die USA den Drogenhandel bekämpfen wollen. In Guatemala hat dies eine Militarisierung der betroffenen Regionen zur Folge. Der Innenminister Vinicio Gómez und sein Vizeminister Edgar Hernández kommen bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben. Der Fall Rosenberg macht monatelange Schlagzeilen.

Die guatemaltekische Gewerkschaftsbewegung ist sehr schwach. Die Repression während des bewaffneten Konflikts und die vor allem nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen vorangetriebenen Privatisierungen haben das ihre zur Schwächung der Gewerkschaftsbewegung beigetragen.

Und über all diesen Problemen liegt diese allgemeine (Un)Sicherheit: Wird Guatemala zu einem failed state? "Wie sicher ist es, das Haus zu verlassen?" Diese alltägliche Frage vieler GuatemaltekinInnen ist ein Symptom dafür, dass die Dinge im Land seit langem nicht mehr im Lot sind. Auf den Strassen Guatemalas sieht man immer mehr private Sicherheitsbeamte. Ihre Anzahl übersteigt längst jene der öffentlichen Sicherheitskräfte, doch die Gewalt steigt weiterhin an.

**¡Fijáte! 441 (12.08.09) Fij-adé Christiane! Nach über sieben Jahren (ab Heft 256) zieht sich Christiane Treeck aus der ¡Fijáte!-Redaktion zurück. Barbara Müller wurde fortan von Stephan Brües und Wiebke Schramm unterstützt.**

### **¡Fijáte! Heft 442 vom August 2009: Die Macht der Geheimstrukturen**

*Claudia Samayoa, Menschenrechtsaktivistin und Koordinatorin der Einheit zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen (UDEFEQUA), analysiert im folgenden Interview mit dem Centro de Estudios de Guatemala (CEG) die Ursprünge der in Guatemala operierenden Illegalen Körperschaften und Geheimstrukturen (CIACS) und erklärt, in welcher Beziehung sie zu den politischen und wirtschaftlichen Mächten stehen.*

#### **C.E.G.: Was ist eine illegale Körperschaft und was ist eine Geheimstruktur?**

*C.S.: (...) Mit Geheimstrukturen ist ein Parallellapparat innerhalb der militärischen Strukturen gemeint, der von innen heraus den Geheimdienst zu kontrollieren und zu steuern versucht. Während des internen bewaffneten Konfliktes war dieser Apparat nicht einmal speziell klandestin, sondern einfach eine Parallelstruktur zum offiziellen Geheimdienst D2. Das berühmt-berüchtigt "Archivo" war zum Beispiel ein Teil dieser Strukturen. Erst mit der Unterzeichnung der Friedensabkommen wurden diese parallelen Geheimdienststrukturen klandestin, abgesehen davon, dass sie schon immer illegal waren.*

#### **C.E.G.: Welche Verbindungen gibt es zwischen den illegalen Körperschaften, den Geheimstrukturen und dem Justizsektor und welche Rolle spielt dabei die Straflosigkeit?**

*C.S.: Um die aufstandsbekämpfenden Aktivitäten durchführen zu können, musste man die Straflosigkeit garantieren. Genau genommen war ein Ziel der Geheimstrukturen während des bewaffneten Konfliktes die Kontrolle des Justizsystems (...). Dies erreichten sie durch die systematische Gewaltanwendung gegen AnwältInnen, vor allem zwischen 1979 und 1983. Gleichzeitig gab das Verteidigungsministerium Empfehlungen ab, wer die Posten in den Gerichten besetzen sollte. In den Archiven des Militärs fanden sich auch Dokumente, die darauf hinweisen, dass bewusst Militärs für eine juristische Karriere ausgewählt wurden, womit das Justizsystem infiltriert werden konnte.*

#### **C.E.G.: Mit diesen Strukturen verbindet man Menschenrechtsverletzungen, aber auch das Organisierte Verbrechen. Können Sie uns erklären, wie sie aufgebaut sind und wie sie operieren?**

*C.S.: Die Geheimstrukturen bieten ihre Dienste dem Organisierten Verbrechen an, damit diese bestimmen kann, wo es operieren soll und welche Interessensgruppen zu kaufen sind. Die CIACS garantieren ihm, so wie es zur Zeit der Aufstandsbekämpfung geschah, den Status Quo beizubehalten. Das bedeutet, dass man z.B. im Kongress die Verabschiedung von Gesetzen oder Wahlen beeinflussen kann, um von der Ernennung bestimmter Beamter zu profitieren. Wie die Figuren eines Schachbrettes kontrollieren die CIACS bestimmte Bereiche. Ein Beispiel ist die Korruption: Man vergibt Geld, um zu garantieren, dass z.B. eine bestimmte Person in die Anwaltskammer gewählt wird. Über das organisierte Verbrechen kommt man an dieses Geld, da die CIACS ohne Geld nicht funktionieren. Die CIACS haben Leute in vielen verschiedenen Orten platziert. Wie wir die letzten Jahre beobachten konnten, sind sie sehr mobil und arbeiten vermehrt für den Meistbietenden. Oft bieten sie eine Art bezahltes Killersystem an, welches Geheimdienstprozesse zur Eliminierung von Personen entwickelt.*

#### **C.E.G.: UDEFEGUA hat verschiedentlich öffentlich gemacht dass die MenschenrechtsverteidigerInnen durch diese kriminellen Strukturen belästigt, bedroht und verfolgt werden. Warum sind die Menschenrechtsorganisationen und ihre Mitglieder ein Ziel für diese Körperschaften?**

*C.S.: Der Grund ist sehr einfach. Während des Friedensprozesses gab es eine starke soziale Bewegung, die Prozesse antrieben, welche den Aufbau der Demokratie förderten. Man wollte die Partizipation in den Gemeinden fördern, bei städtischen Entwicklungsplänen mitreden, man wollte, dass Frauen, Kinder und Jugendliche mehr Rechte haben. Dies*

bewirkte Veränderungen sowie Reformvorschläge des Sicherheits- und Justizsystems, was erklärt, warum gewisse Gruppen Widerstand leisten. Diese Körperschaften reagieren nicht mit einer Aufstandsbekämpfung, weil es einen Aufstand geben würde, sondern sie antworten auf eine heterogene Bewegung, die sie dadurch herausfordert, dass sie in gewissen Bereichen versucht, Ordnung oder Institutionalisierung zu schaffen. (...)

**C.E.G.: Wieso war es nötig, die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) zu schaffen, um gegen diese Gruppen zu ermitteln und eine legale Verfolgung einzuleiten?**

C.S.: Es könnte hier einen tieferen Grund geben als die bloße Existenz der CIACS. Es war offensichtlich, dass sie mit ihren Aktivitäten auch ein Monster schufen, welches fähig war, seine Dienste über ihre eigenen Interessen hinaus anzubieten. Mit der Zeit war es für viele BürgerInnen mit finanziellen Kapazitäten möglich, die Dienste dieser Gruppen zu erwerben und auf andere Interessen als die der Menschenrechtsverletzungen und des Organisierten Verbrechens anzuwenden. Dies schuf eine Praxis, die nicht nur dem Justizsystem schadete, sondern auch dem Handel und sogar den Familien, da jeder anfing, dieses System der Straflosigkeit, welches wie ein Krebs wuchert, zu benutzen. Als wir Menschenrechtsorganisationen uns der Anstrengungen bewusst wurden, die nötig waren, um das Justizsystem zu stärken und wie wir diese Anstrengungen mit unserem Leben, unserer Sicherheit und mit dem Exil von RichterInnen, StaatsanwältInnen und AnwältInnen bezahlten, (...) da war uns klar, dass die Gesellschaft die Kontrolle verloren hatte. Bedeutete der Verlust der Kontrolle über das Justizsystem ein Freibrief für das organisierte Verbrechen? Würde die Tatsache, früher oder später eine Regierung zu haben, welche direkt mit dem Drogenhandel in Verbindung steht, eine unabdingbare Realität sein? Wir entschieden uns, uns auf eines der Grundprobleme zu konzentrieren und machten den Vorschlag einer Kommission, die uns helfen sollte, einen Knoten zu lösen, von dem ausgehend man dann anderes besser in Angriff nehmen konnte: Die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, die Landfrage ... da alle diese Themen letztendlich im Thema Justiz und Straflosigkeit zusammenlaufen.(...)

**C.E.G.: Welche Verbindungen haben diese Strukturen mit der wirtschaftlichen und politischen Macht im Land?**

C.S.: Seit jeher funktionieren diese Strukturen mit Schmuggel, mit Geldwäsche und damit die Schaffung von "saubere" Kapital, welches Firmen erschuf, die seit 30 oder 40 Jahren funktionieren und von denen man seit 30 Jahren weiss, dass sie korrupt sind und den Staat korrumpieren. Guatemala hat ein Problem, welches wir korrigieren müssen: das Fehlen des historischen Gedächtnis. (...) Um ein Beispiel zu nennen: Was passiert, wenn wir alle wissen, das wir unsere Kleidung in einem Geschäft kaufen, das Geld wäscht, und es dem Besitzer des Ladens trotzdem erlaubt ist, sich auf allen sozialen Ereignissen als Wohltäter zu zeigen? Dies ist nicht nur ein wirtschaftliches Phänomen. Ich glaube, wir müssen zugeben, dass es die gesamte guatemaltekische Gesellschaft betrifft. Und genauso haben wir zugelassen, das unsere politischen Parteien korrupt sind, dass sie schmutziges Geld bekommen und dann natürlich in politischer Schuld von Personen stehen, die Verbindung zu Klandestinen Strukturen haben.

Das Management natürlicher Ressourcen betreffend, gab es einige Dinge zu berichten. 2010 verzeichnet Guatemala die höchsten Strompreise in ganz Zentralamerika. Die guatemaltekische Regierung wird ermahnt, das ILO-Abkommen 169 zu erfüllen und die Zustimmung der betroffenen indigenen Bevölkerung zu erfragen, bevor irgendwelche Projekte von Rohstoffabbau ausgeführt werden. Im Fall der Zementfabrik von Cementos Progreso in San Juan Sacatepéquez und der US-amerikanischen Mine Goldcorp in San Marcos, fordert die ILO, dass diese Projekte umgehend suspendiert werden. Die beiden Berichte erscheinen zu einem Zeitpunkt, in dem Goldcorp zwei weitere Projekte im Südosten des Landes vorantreibt, Projekte die genauso kontrovers sind, wie sie für Investoren und die Regierung wichtig sind. Die Laguna del Tigre und ihre Erdölschätze fallen der Verlängerung des Erdölabbauvertrages mit der französischen Firma Perenco mit all ihren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen zum Opfer.

Und auch 2011, zugleich letztes Amtsjahr der jetzigen Regierung, beginnt wie schon 2010 mit blutigen Attentaten auf das öffentliche Bus-System. Ein Ausnahmezustand in den Verapaces wird ausgerufen – das „vierversprechendste Instrument zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität“, insbesondere der Drogenmafia. Der Umweltaktivist Yuri Melini von CALAS berichtete, dass 83 % des Drogenhandels über das nördliche Departement und insbesondere seine Naturschutzparks abgewickelt werde

In puncto Ende der Straflosigkeit gibt es Fortschritte: die Amtsperiode der CICIG wird verlängert, Alfonso Portillo steht wegen Geldhinterziehung vor Gericht. Claudia Paz y Paz wird Generalstaatsanwältin. Erwin Sperisen steht in der Schweiz vor Gericht. Ex-Innenminister Carlos Vielmann wartet auf seinen Prozess in Spanien und Ex-Subdirektor der Nationalen Zivilpolizei Javier Figueroa sucht politisches Asyl in Österreich.

Leider ist die Gewalt gegen MenschenrechtsverteidigerInnen nicht zu Ende, 800 Familien werden aus dem Polochic-Tal vertrieben.

**Mit Nummer 500 verabschiedet sich Barbara Müller aus dem Redaktionsteam des ;Fijate! Sie ist aber weiterhin Herausgeberin des Nachrichtendienstes.**

## 2012-2015 Otto Perez Molina: Zuckerbrot und Peitsche ... und ein Ende im Gefängnis

Die Regierungszeit des Ex-Generals beginnt 2012 mit einem Ausnahmezustand in Santa Cruz Barillas, Departement Huehuetenango, aufgrund von sozialen Problemen um das Staubdammprojekt Hidro Santa Cruz. Es folgen weitere an anderen Orten, in denen es Konflikte um Megaprojekte gibt, z.B. in San Juan Sacatepéquez, Departement Guatemala. Die Militarisierung des Umgangs mit diesen Konflikten forderte in Totonicapán acht Menschenleben und mehr als 30 Verletzte. Sie hatten an einer friedlichen Demonstration gegen einige Änderungen in der Verfassung, gegen hohe Energiepreise und wegen anderer politischer Forderungen teilgenommen. Die Eröffnung einer neuen Militärbrigade in La Libertad, Departement Petén und einer der Militärpolizei in San Juan Sacatepéquez bezeugen die Remilitarisierung. Im Südosten des Landes wird der Menschenrechtsverteidiger Carlos Hernández ermordet. Er ist nicht der einzige, der für seine Arbeit in dieser Regierungsperiode mit dem Leben bezahlt.

Das Problem der Drogenkartelle ist weiterhin aktuell, wird aber von der Staatsanwaltschaft aktiv(er) bekämpft. Und endlich geschieht es: Rios Montt steht vor Gericht. Er wird im Mai 2013 zu 80 Jahren Haft verurteilt, aber das Urteil wird kurz darauf vom Verfassungsgericht annulliert. Der Prozess wird noch zwei weitere Male aufgenommen und verschoben. Es gibt Anklagen und Prozesse gegen weitere Verantwortliche für Massaker und gegen mutmassliche Guerilleros/as. Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist so aktuell wie eh. Es kommt zur Verurteilung zu lebenslanger Haft von Erwin Sperisen in der Schweiz; Javier Figueroa wird in Österreich freigesprochen; der Prozess für Carlos Vielmann beginnt in Spanien; Ex-Präsident Portillo wird an die USA ausgeliefert.

Der Präsident verfolgt verschiedene Projekte, die sehr widersprüchlich erscheinen. Er beschliesst die Schliessung von FONAPAZ und Guatemala ratifiziert das Statut zum Internationalen Strafgerichtshof (IstGH) – während fast die Hälfte der Polizeifahrzeuge in Guatemala kaputt ist.

Pérez Molina will einen technologischen interozeanischer Korridor mit Strassen, Pipelines und Bahnlinien aufbauen. Und er leitet die Gesetzesinitiative 4644 ein, die das Ziel verfolgt, Investitionen anzuregen, um dadurch Arbeitsplätze zu schaffen. Damit will er den mit der Welthandelsorganisation eingegangenen Übereinkünften gerecht werden, etwa einer Abschaffung von Exportsubventionen bis Januar 2016. Als Ausgleich dafür soll der Exportwirtschaft Steuervorteile eingeräumt werden. Im Sinne des ökonomischen Fortschritt und der Bekämpfung der Drogenkartelle spricht er sich für die Legalisierung von Drogen aus und sorgt für internationales Aufsehen.

Der Kongress ratifiziert ein Assoziierungsabkommen mit der EU.

Die Rechte der LGBT unterstützt er so wenig, dass die CIDH sich besorgt zeigt. Und er unterschreibt die Ablehnung der Abtreibung und der homosexuellen Ehe. Auch die Verlängerung der CICIG steht lange auf dem Spiel. Und Claudia Paz y Paz, die vorzügliche Arbeit leistete, muss vorzeitig aus ihrem Amt der Generalstaatsanwältin zurücktreten.

Die Situation im Land verschlechtert sich dermassen, dass allein reisende Minderjährige für Aufsehen, insbesondere in den USA sorgen.

Themen wie die Rechte der Indigenen Völker, die Sicherheit der BürgerInnen, Gewalt gegen Frauen die Korruption, die Stromversorgung, die Landfrage, die Armut, Unterernährung und Hunger, Bildung, Gesundheit, Probleme im Strafvollzugssystem, die Über- und Fehlnutzung natürlicher Ressourcen (Vergiftung des Flusses La Pasión!), Pressefreiheit und Schutz von JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen werden auch unter der Regierung der harten Hand (so der Wahlkampfeslogan von Otto Pérez Molina) nicht gelöst.

Sowohl die Schweizer Vertretung in Guatemala als auch die Norwegische Botschaft verlassen das Land. Dennoch wären die Fortschritte bei der Etablierung der Straffreiheit ohne die internationalen Staaten und die UN-Organisationen, insbesondere CICIG, aber auch ohne das Engagement der guatemaltekischen Zivilgesellschaft nicht möglich gewesen.

*Aus Guatemala-Stadt berichtet uns Diana Vasquez ab September 2013 (Nr. 542) in ihrer monatlichen Biopsie über die Entwicklung Guatemalas zu einem Guatepeor/Guatemejor.*

Aber gegen Ende der Amtszeit steht die Regierung vor akuterer Problemen: Das Oberste Wahlgericht streicht Baldettis Funktion als Generalsekretärin der PP und sie tritt von ihrem Vizepräsidentenamt zurück. Verschiedene Minister treten zurück. Der Fall 'La Línea' belastet Baldetti, Pérez Molina und eine Reihe weitere hoher BeamtenInnen und führt zu offiziellen Anklagen. Tausende von GuatemaltekenInnen demonstrierten wochenlang gegen Korruption. Am 2. September reichte der Präsident offiziell seinen Rücktritt ein. Eigentlich blieb ihm auch keine andere Wahl. Masendemonstrationen, Verlust der Unterstützung durch den Wirtschaftssektor, der Kirchen, der internationalen Gemeinschaft inklusive der USA, und letztendlich auch von seiner Partei sowie der Korruptionsfall die 'Linie' destabilisierten die Regierung. Das Präsidentschaftspärchen endet in Untersuchungshaft.



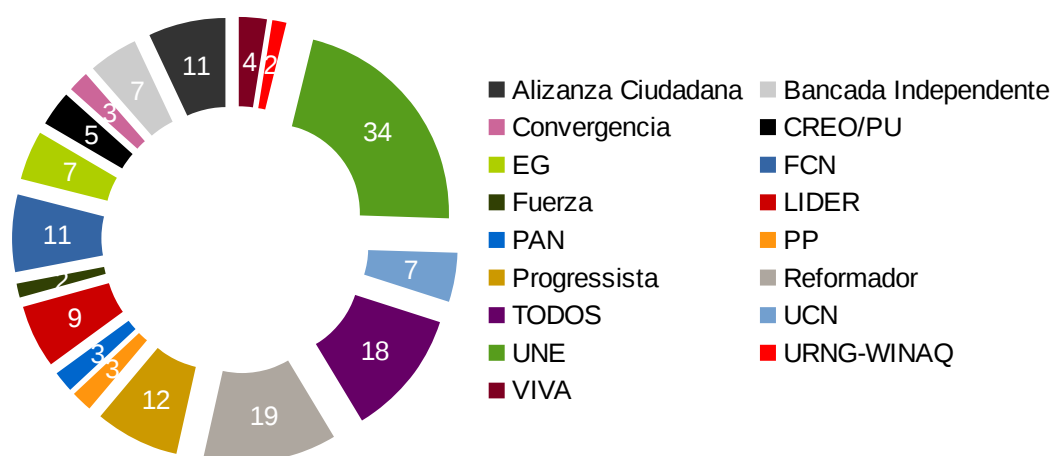
## 2016 Eine Fortsetzung der Komödie/Tragödie mit Jimmy Morales?

Im November 2015 wird der Unternehmer und bekannte Comedian Jimmy Morales zum Präsidenten gewählt. Alle anderen KandidatInnen werden entweder – meist zu Recht - als korrupt angesehen oder aber sie haben als Linke keine Chance. Aus den Parlamentswahlen sind jedoch die alten Parteien als Sieger hervorgegangen, wobei allerdings die PP von Pérez Molina und auch LIDER von Manuel Baldizon (der lange als Favorit für die Präsidentschaft gehandelt wurde) durch Abgeordnetenflucht zu Kleinparteien eines Kongresses mit 18 Parteien geschrumpft wurden (s.u.).

Jimmy Morales ist seit dem 14. Januar im Amt – insofern kann noch nicht all zu viel über seine Politik gesagt werden. **¡Fijáte!** wird in Zukunft weiter darüber berichten.

### Die Abgeordneten verteilen sich ihre Sitze neu

Als Nachklang zur letzten Nummer hier die offizielle Sitzverteilung, wie sie von der Abgeordnetenliste auf der Homepage des guatemaltekischen Kongresses heraus zu extrahieren ist:



Zur Erinnerung: Nach dem Wahlergebnis vom September hätten die Parteien LIDER 45 und PP 18 Mandate gehabt, jetzt zu Beginn der Amtsperiode sind es noch neun bzw. drei Mandate. 49 Abgeordnete haben sich flugs neue Fraktionen (AC, PRO, REF, BI) geschaffen, die auf keinem Wahlzettel standen. Was gilt da eigentlich der WählerInnenwille?

#### ¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

#### Redaktion:

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**NEU:** Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6